

Sehr geehrte Frau Harms,
sehr geehrter Herr Teufel,
sehr geehrter Herr Triebe,

weniger als Kandidat der FDP, vielmehr als Vorsitzender der Wirtschaftsunioren Deutschland möchte ich gerne auf Ihre Fragen eingehen.

Meiner Meinung nach haben wir in Deutschland weniger ein Problem der sozialen Gerechtigkeit – auch wenn diese politisch immer wieder in Wahlkampfzeiten heraufbeschworen wird – als ein wirkliches Problem mit der ‚Generationengerechtigkeit‘.

Solange der ‚Armutsfaktor‘ in der sozialen Gerechtigkeitsdebatte sich am Medianeinkommens errechnet, und ‚arm‘ ist, wer weniger als 60% des Durchschnittseinkommens bekommt, haben wir keine echte Armutsdebatte, weil Armut sich nicht am Medianeinkommens einer Nation bemessen kann! Was wäre denn, wenn das Durchschnittseinkommen aller Deutschen 1 Mio. im Jahr betrüge? Wären dann alle arm, die weniger als 600.000 EUR im Jahr bekommen würden?... was ist das denn bitte für ein Armutsbegriff, den wir in Deutschland verwenden???

Nein, unser Problem ist die Frage der Generationengerechtigkeit geworden. Wenn wir es den nachkommenden Generationen nicht mehr ermöglichen, für sich selbst etwas aufzubauen, Grund und Eigentum erwerben zu können, unabhängig von staatlichen Leistungen Familien zu Gründen oder das eigene Leben gestalten zu können – dann ist das ungerecht!!!

Dummer Weise führt diese Ungerechtigkeit noch dazu, dass all jene, die es sich leisten können, nicht bei uns bleiben sondern in einer globalen Welt ihr Glück anderweitig suchen. Wir verjagen mit unserer Politik in Deutschland die Leistungsträger von morgen, die auch für den Erhalt des Sozialsystems garantieren würden. Das ist ein Teufelskreis der schnellstmöglich gestoppt werden muss. Grund für diese Fehlentwicklung ist nicht zuletzt das Versagen eine gesunde demographische Struktur in unserem Land zu erhalten, sondern auch die fehlgeleiteten Sozialsysteme auf Umlagebasis. (Ein Generationenvertrag kann nur funktionieren, wenn man auch seiner Pflicht nachkommt und sich um nachkommende Generationen kümmert – dieser Pflicht sind aber weder die Babyboomer- noch die nachfolgenden Generationen nachgekommen weil sie zu wenig Kinder bekommen haben. Mir erschließt sich nicht, wie man ernsthaft an unseren derzeitigen Sozialsystemen festhalten kann und auch noch mehr fordern möchte – dass ist nicht nur ungerecht gegenüber den kommenden Generationen, es ist schlicht unsozial)

Daher möchte ich Ihre Fragen gerne wie folgt beantworten:

Zur ersten Frage:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass fixe Renteneintrittsalter abgeschafft werden und die Rente nicht mehr als ‚verdienter Lebensunterhalt für Geleistetes‘ verstanden wird, sondern wieder als ‚Substitut für die altersbedingte Arbeitsunfähigkeit‘ – was die Rente ursprünglich auch einmal war.

Zur zweiten Frage:

Altersarmut wird zukünftig vor allem Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer treffen, also all jene, die sich durch eigenes Risiko für unserer Gesellschaft eingesetzt haben und teilweise sogar Arbeitsplätze für andere geschaffen haben. Da diese Personen aber keine ‚politische Stimme‘ (außer der FDP) haben, wurden sie ihr ganzes Arbeitsleben lang nur mit Regularien, Arbeitsschutzvorschriften, Dokumentationspflichten und Gängeleine konfrontiert – selten mit dem Vertrauen, welches ihnen eigentlich gebührt hätte! Weder gelten Arbeitsschutzgesetzte für sie (wie beispielsweise Arbeitszeitgesetze- Mindestlohn oder Kündigungsschutz) noch hatten sie oft die zeitliche oder finanzielle Möglichkeit für ihr Alter zu sorgen. Hier tut Hilfe dringend Not – aber sicherlich nicht durch staatliche Bevormundung und eine auf dem Generationenvertrag beruhende staatliche Rente bei einem demographischen Versagen der Gesellschaft. Ich möchte mich lieber für kapitalgedeckte Versorgungswerke einsetzen, die an die Selbstverwaltung der Wirtschaft anknüpfen und Risikokapitalanlagen zulassen, um in Zeiten einer ‚Null-Zins-Phase‘ dennoch Erträge erwirtschaften zu können. Das können Wertschöpfungsbeteiligungen in Form von Aktien sein die

immer am Gemeinwohl der Ökonomie profitieren (und riskieren) oder sogar Investitionen in die hoch riskanten ‚StartUps‘ ohne welche es wohl kaum eine ökonomische Zukunft in Deutschland geben wird. Warum sollen Teile der Gesellschaft, wie die Rentner, nicht am gesellschaftlichen Gemeinwohl, welches von der Wirtschaft abhängig ist, partizipieren? Meiner Ansicht nach müssen wir die Systeme grundlegend umstellen!

Zur dritten Frage:

Auch hier ein klares Nein von meiner Seite. In Zukunft wird die Wertschöpfung nicht mehr von der Erwerbstätigkeit einzelner abhängen. Bei so viel starrer Regelung und überbordender Bürokratie wird man im Zweifel in Zukunft Roboter der menschlichen Arbeit vorziehen. Für Roboter und Software gilt weder das Arbeitszeitgesetz noch der Kündigungsschutz. Mit voranschreiten der Digitalisierung werden sich die Arbeitsplätze verändern. Nicht mehr der ‚Arbeiter am Fließband‘ wird gebraucht, sondern der Programmierer und der Ingenieur. Auch in der Pflege, in der Medizin, in den freiberuflichen Tätigkeiten, im Handel und der Industrie wird die Digitalisierung zu komplett neuen Arbeitsplätzen und grundlegenden Änderungen führen. Warum also die Altersvorsorge an eine Erwerbstätigkeit koppeln, wenn ein Großteil der Wertschöpfung maschinell entsteht?

Zur vierten Frage:

Natürlich nicht! Ich werde doch nicht ein grundlegend für die nachkommenden Generationen ungerechtes System künstlich am Leben erhalten um dann in 30 Jahren umso größere Probleme zu haben! Nein, ich möchte für eine nachhaltige und langfristige Politik eintreten. Mein politisches Wirken soll sich nicht an Legislaturperioden sondern an Nachhaltigkeitsaspekten orientieren.

zur fünften Frage:

JA – aber eben indem ich versuchen möchte, die Gesamtgesellschaft (nicht nur die Jugendlichen und die Arbeitenden) an der Entwicklung in Deutschland zu beteiligen. Das kann aber nur durch eine ‚Beteiligung‘ erfolgen – nicht durch plumpe und ungerechte Umverteilung. Bei der Umverteilung wird immer das Risiko vergessen. Wer profitiert, muss auch riskieren – so ist das nun mal. Umverteilung berücksichtigt dies nicht. Bei der Umverteilung riskieren nur einige wenige, erwirtschaften aber für alle (insbesondere auch die von Altersarmut gefährdeten Solo-Unternehmer und kleinen KMUs). Das ist nicht fair. Viel zu wenig Menschen in Deutschland beteiligen sich mit Anteilen an der Wertschöpfung durch Wirtschaft. Das ist ein Fehler. Aktien und Unternehmensanteile können auch eine gute und gesunde Altersvorsorge sein, da sie die ökonomische Wertschöpfung widerspiegeln und sich daher am wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg orientieren, und nicht ‚in Stein gemeißelt‘ sind was immer zu Ungerechtigkeiten führen wird.

Natürlich betrifft dies auch die anderen von Ihnen angesprochenen Systeme, welche Umlagen finanziert sind. Kranken-, Pflege-, ja sogar Arbeitslosenversicherungen werden in Zukunft bei den Disruptionen durch die Digitalisierung nicht mehr funktionieren. Anstatt ständige ‚Flickschusterrei‘ zu betreiben, müssen wir grundsätzliche Strukturänderungen vornehmen. Leider wird das politisch kaum umsetzbar sein und leider wird es erst zu Änderungen kommen, wenn der Druck zu hoch geworden ist.

Dennoch, wir in den jüngeren Generationen wissen bereits heute, dass es nicht dauerhaft so weiter gehen wird. Wir glauben nicht mehr an die Systeme von Gestern und ich für meinen Teil werde nicht versuchen hier weiter zu ‚verschlimmbessern‘ sondern möchte mich politisch für eine neue, generationengerechtere Struktur der Systeme einsetzen.

Mit besten Grüßen
Alexander Kulitz